

Bildungspolitik der Piratenpartei

- wird von der ganzen Gesellschaft zu ihrem eigenen Nutzen getragen
- steht allen Menschen offen, unabhängig von Alter, Herkunft oder Umfeld
- ist die Grundlage für eine lebendige Demokratie
- ist auf der Höhe der Zeit
- spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft wider
- berücksichtigt die Bedürfnisse und Fähigkeiten des Einzelnen

Bildungspolitik der Piratenpartei

- ist nicht vom Geldbeutel abhängig
- braucht keine Kopfnote, die Anpassung belohnen
- ist nicht nur Wissen, sondern Ermutigung zum Lernen

Kontakt

Sie erreichen uns unter:
Piraten Hamburg | Postfach 113532
20435 Hamburg
E-Mail: info@piratenpartei-hamburg.de

Oder machen Sie sich persönlich ein Bild.
Auf unseren wöchentlichen Stammtischen ist jeder Interessierte willkommen.
Termin und Ort finden Sie auf unserer Website
www.piratenpartei-hamburg.de.



Bildung in Hamburg

freier zugang
lerninhalte
schulfrieden



Eine zeitgemäße Bildung und Chancen für alle!

Freier Zugang zu Bildung



Für die Piratenpartei gehört es zu den Grundrechten aller Menschen, dass ihnen Informationen und Bildung offenstehen. Bildung darf deshalb nicht gebührenpflichtig sein. Stattdessen sollen die Kosten von der Gemeinschaft getragen werden, die wiederum in jeder Hinsicht von gebildeten, qualifizierten und engagierten Bürgern profitiert.

Bildungshürden abbauen!

► Die Gebührenerhöhung für **Kitas** soll sofort zurückgenommen werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass sich Menschen Kinderbetreuung nicht leisten und deshalb nicht arbeiten können. Langfristig sollen Kitaplätze kostenfrei zur Verfügung stehen.

► **Studiengebühren** sind unsozial, da sie den Zugang zu Hochschulbildung von der wirtschaftlichen Situation junger Menschen und ihrer Familien abhängig machen. Das gilt auch für das schwarzgrüne Modell der »nachgelagerten« Gebühren, durch das ein Studium eine langfristige Verschuldung bedeutet.

► Die öffentlichen **Bücherhallen** sollen Empfängern von Transferleistungen unentgeltlich zugänglich sein. Gerade für Menschen mit sehr geringem Einkommen ist es fast unmöglich, am kulturellen Leben teilzunehmen. Das Leihen von Büchern und anderer Medien ist eine Maßnahme, um diesem Missstand abzuhelpfen.

Medienkompetenz vermitteln

Der Umgang mit Medien gehört zum täglichen Leben aller Menschen. Ob Blogs, soziale Netzwerke oder Nachrichtendienste: Schon längst sind Menschen nicht mehr nur Empfänger von Medieninhalten, sondern können die Inhalte in Echtzeit mitbestimmen. Die Kommunikation zwischen Menschen und der Zugang zu Informationen ist aber nicht nur vielfältiger und umfassender, sondern auch komplizierter geworden.



Umso wichtiger ist es, dass schon Kinder lernen, wie neue Medien bewusst und verantwortungsvoll genutzt werden können. Der sichere Umgang mit dem Internet und den neuen Kommunikationswegen muss für alle jungen Menschen zu den Grundfertigkeiten gehören.

Deshalb sollen Lehrer aus- und fortgebildet werden, um diese Fertigkeiten nicht nur besitzen, sondern auch weitergeben zu können.

Keine Werbung der Bundeswehr an Schulen

Die Piratenpartei lehnt Veranstaltungen an Schulen ab, die von der Bundeswehr durchgeführt werden. Oft haben diese einen Werbecharakter und bieten keine ausgewogene und vollständige Darstellung. Wenn die Bundeswehr etwa im Unterricht die Gelegenheit erhält, sich vorzustellen, sollen ebenfalls kritische Positionen durch externe Referenten Gehör finden.



War die Schulreform gut?

Zwar wurde das längere gemeinsame Lernen durch den Volksentscheid im Juli verhindert, doch im Rahmen der Reform konnten trotzdem wichtige Maßnahmen umgesetzt werden. So wurde die Hauptschule abgeschafft und sichergestellt, dass an jeder weiterführenden Schule das Abitur erlangt werden kann. Kleinere Klassen und mehr gut ausgebildete Lehrer werden die Qualität des Unterrichts verbessern.

Die Piratenpartei begrüßt diese Fortschritte, die trotz der Konflikte zwischen den Regierungsparteien und der Volksinitiative zustande kamen. Die Piratenpartei hat sich 2010 für die Primarschule und das längere gemeinsame Lernen ausgesprochen. Kinder schon nach vier Schuljahren zu trennen ist ein deutscher Sonderweg und in unseren Augen schlecht für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Außerdem sind Kinder vor dem fünften Schuljahr kaum in der Lage, bewusst ihre weitere schulische Laufbahn mitzubestimmen.



Schulfrieden

Der sogenannte Schulfrieden darf kein taktisches Versprechen der Politik, sondern muss eine echte Zusicherung an Schüler, Eltern und Lehrer sein: Bevor erneut Änderungen am Schulsystem vorgenommen werden, muss sich das bisherige mit seinen Änderungen entfalten können. Dies wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Zukünftige Reformen müssen gründlich und mit Sachverstand vorbereitet werden, wenn belastbare Informationen über den Erfolg des aktuellen Schulsystems vorliegen.